

## Handlungsempfehlungen zu den bezirklichen Gesundheitszielen zur Kindergesundheit

Das Bezirksamt Mitte von Berlin hat am 26. Januar 2016 beschlossen:

### **„Weitere Gestaltung des Gesundheitszielprozesses zur Kindergesundheit**

...

*3. Die im Rahmen der Berichterstattung zum Gesundheitszielprozess sowie den darauf aufbauenden handlungsfeldbezogenen Gesundheitsforen ausgesprochenen Empfehlungen werden auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft. Ihre Umsetzung wird im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten verfolgt.*

...“

Dieser Beschluss bezieht sich auf die im Folgenden abgedruckten Empfehlungen:

### **Prioritäre Handlungsempfehlungen zu Ziel 1: [Gesundes Aufwachsen der Kinder in Mitte unterstützen]**

1. Besonderes Augenmerk sollte auch weiterhin der Mitwirkung an Maßnahmen gelten, die auf eine gesundheitszuträglichere Entwicklung einer gesamten Einrichtung abzielen, wie z.B. den beiden Kitas und Schulen adressierenden Landesprogrammen.
2. Der Aufrechterhaltung der Infrastruktur zur Unterstützung von Eltern in ihrer Erziehungskompetenz sollte besondere Priorität zukommen. Sowohl Modellrechnungen (z.B. des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen) als auch praktische Erfahrungen (z.B. der Stadt Dormagen) deuten auf eine langfristige gravierende Kostenersparnis durch den verstärkten Einsatz frühzeitiger niedrigschwelliger Hilfen hin. Eine verstärkte Betrachtung der Wirkung der eingesetzten Maßnahmen könnte dabei helfen, ihren „investiven“ Charakter besser zu verdeutlichen, was zur Stärkung ihres Stellenwerts beitragen könnte.
3. Partizipative Verfahren sollten hinsichtlich des Erreichens sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen diskutiert sowie ggf. Veränderungsvorschläge bzw. Alternativmodelle unterbreitet werden.

### **Prioritäre Handlungsempfehlungen zu Ziel 2: [Zu Bewegung auffordern, Bewegungsmöglichkeiten und -anlässe schaffen und ausbauen]**

1. Es sollte überprüft werden, inwieweit eine Integration des Datenbestandes des Bezirkssportbundes über bestehende Bewegungsangebote im Bezirk in den in Überarbeitung

befindlichen bezirklichen Auftritt auf der Plattform [www.kiezatlas.de](http://www.kiezatlas.de) Synergieeffekte schaffen kann.

2. Neben einer solchen Online-Bereitstellung der Informationen hat sich aber auch die persönliche Beratung zu Bewegungsangeboten als wichtige Ergänzung erwiesen. Bemühungen um eine weitere finanzielle Absicherung dieses wie auch anderer Projekte, die auf den Einbezug bislang Bewegungsinaktiver ausgerichtet sind, sollten weiterverfolgt werden.
3. Hinderungsgründe für die Inanspruchnahme von Bewegungsangeboten sollten stärker untersucht werden, um aufbauend auf diesen Erkenntnissen passende Angebote anzuregen.
4. Maßnahmen zur Verbesserung der bewegungsfördernden Qualität im öffentlichen Raum wurden in den vergangenen Jahren an vielen Stellen im Bezirk umgesetzt. Andererseits existieren gegenüber diesen so geschaffenen Möglichkeiten in der Bevölkerung noch verbreitet Hemmschwellen, da sich die Nutzung bislang nicht in Stadtbild und Alltagskultur verankert hat. Um die Nutzung dieser Möglichkeiten anzuregen und zu verstärken, sollten gezielte Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine bessere Wahrnehmbarkeit des öffentlichen Raums als Bewegungsraum abzielen.

#### **Ergänzende Empfehlungen des Gesundheitsforums (15.4.2015):**

5. Neben dem Nutzen einer funktionierenden virtuellen Plattform sollte die Etablierung von Vernetzungsstrukturen zwischen Institutionen und Stadtteileinrichtungen wie etwa Kitas/Schulen oder (Sport)Vereinen verfolgt werden, um die zum Erreichen der verschiedenen Zielgruppen notwendige ressortübergreifende Kooperation zu befördern und die Informationsweitergabe zu gewährleisten. Die persönliche Ansprache bleibt neben der virtuellen Ebene gleichwohl eine der wichtigsten und effektivsten Zugangs- und Informationswege. Vernetzungs-, Koordinations- und Organisationsaufgaben sollten personell unteretzt sein.
6. Dezentrale und niedrigschwellige Angebote, die auf Alltagsbewegung und Teilhabe abzielen und sich kreativ in Kooperation nachbarschaftlicher Einrichtungen herausbilden, sollten unterstützt und ausgebaut werden.
7. Neben der Nutzung von Programmmitteln für die bewegungsfördernde Neu- bzw. Umgestaltung von Grünflächen müssen die Kosten für Pflege und Unterhalt über den Bezirkshaushalt abgesichert sein.
8. Es sollte geprüft werden, inwieweit das Engagement von Einrichtungen oder Personen unterstützt werden kann zur verbesserten Nutzung und Stärkung der bewegungsfördernden Angebote im öffentlichen Raum.
9. Es ist zu prüfen, inwiefern das neue Präventionsgesetz Möglichkeiten zur Förderung von Sport und Bewegungsangeboten mit Mitteln der Krankenkassen bietet.
10. Zur Verbesserung des baulichen Zustands der Schulsportflächen sowie zur Sicherstellung der Aufsicht ist eine Verstärkung der personellen und finanziellen Ressourcen notwendig.
11. Die Kommunikation zwischen Schulen und Sportvereinen sollte verbessert werden.
12. Einer stärkeren konzeptionellen Verankerung des Themas Bewegung in Schulen könnte durch Aufnahme in das Schulkonzept Nachdruck verliehen werden.

### **Prioritäre Handlungsempfehlungen zu Ziel 3: [Attraktivität und Alltagstauglichkeit gesundheitsfördernder ausgewogener Ernährung vermitteln]**

1. Das Thema Ernährung und Esskultur sollte kampagnenartig jeweils innerhalb eines Settings zu entwickelt werden, um die Vielschichtigkeit der Einflussfaktoren angemessen thematisieren zu können.
2. Empfohlen wird eine Erfassung, in welchem Umfang die Qualitätsstandards im Schul- bzw. Kita-Alltag tatsächlich eingehalten werden können, welche Sicherungsverfahren dafür angewandt werden bzw. welche Unterstützung hierzu erforderlich wäre.

#### **Ergänzende Empfehlungen des Gesundheitsforums (23.6.2015):**

3. Für die Verbesserung der Bekanntheit bestehender Angebote wird die stärkere Einbindung von Multiplikator\_innen empfohlen.
4. Die Ausstattung in den Einrichtungen für die Durchführung von Angeboten zu gesunder Ernährung muss sowohl in baulicher Hinsicht als auch hinsichtlich notwendiger Honorarmittel sichergestellt sein. Die Krankenkassen sind hierzu hinsichtlich beratender und unterstützender Angebote einzubeziehen.
5. Die Sicherstellung der Ausstattung sollte sich auch auf Zahnputzeinrichtungen in den Schulen erstrecken. Aus pädagogischer Perspektive ist es schwer vermittelbar, weshalb das Zähneputzen in der Kita noch fest in den Tagesablauf integriert ist, während es dann vom Zeitpunkt des Schuleintritts an keine Rolle mehr spielt.
6. Angeregt wird die Etablierung einer strategischen Steuerungsgruppe zum Thema gesunde Ernährung, die die Ressorts Gesundheit und Jugend umfasst und die Krankenkassen mit einschließt.
7. Hinsichtlich der Probleme in Schulen bei der Mittagsversorgung sollte eine stärkere Nutzung des schulübergreifenden Austauschs und der Angebote der Vernetzungsstelle Schulverpflegung ermöglicht werden.
8. Angesichts einer großen Anzahl von Kindern, die keine Pausenmahlzeit mitbringen und/oder vor der Schule nicht gefrühstückt haben, wird die Überprüfung der Datenlage zur Frühstückssituation angeregt, um den Bedarf und bestehende wie auch mögliche Angebote genauer bestimmen zu können.
9. An Schulen wird die Empfehlung gerichtet, das Ziel gesunder Ernährung im Rahmen des Schulprogramms zu verankern.
10. Die positiven Möglichkeiten, die das Landesprogramm „Gute gesunde Kita“ bietet, dürfen nicht dazu führen, dass Kitas, die nicht am Landesprogramm teilnehmen, keine Unterstützung in ihren gesundheitsbezogenen Bemühungen erhalten.
11. Der Bezirk sollte sich dafür einsetzen, dass Qualitätskriterien in Bezug auf gesunde Ernährung im Rahmen der „Qualitätsentwicklungsvereinbarung Kindertagesstätten“ Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang sollte auch die Prüfung der Finanzierbarkeit gesunder Ernährung mit dem dafür vorgesehenen Budget im Rahmen einer Studie angeregt werden.
12. Der Bezirk sollte sich im Interesse einer Stärkung der Professionalität hinsichtlich des Ernährungsthemas dafür einsetzen, dass das Fachkräftegebots auch für Küchenpersonal Anwendung findet.

## **Prioritäre Handlungsempfehlungen zu Ziel 4: [Rahmenbedingungen für eine gewaltfreie und gesunde psychische Entwicklung stärken]**

1. Um das Netz der Hilfeangebote möglichst dicht zu gestalten, sollen im Rahmen von Wirksamkeitsbetrachtungen von Angeboten und ihrer Vernetzung ebenfalls bestehende Hinderungsgründe für die Inanspruchnahme untersucht werden.
2. Es wird empfohlen, die Betrachtung des Themas Familiäre Gewalt neben dem Thema der Häuslichen Gewalt selbstständig zu etablieren. Gewalt gegen Kinder wird vielfach immer noch vorwiegend im Kontext körperlicher Gewalt aufgegriffen - vor allem reaktiv anlässlich besonders gravierender Übergriffe. In der Bewusstmachung des breiten - oft weniger spektakulären - Spektrums auch der psychischen Gewalt kann ein erhebliches Präventionspotenzial aktiviert werden.

### **Ergänzende Empfehlungen des Gesundheitsforums (23.9.2015):**

3. Präventiv orientierte niedrigschwellige Angebote, die sich als wirksam erwiesen haben, sollten nach Möglichkeit durch eine Regelfinanzierung abgesichert sein, um Kontinuitätsabbrüche zu verhindern.
4. Der steigende Bedarf an Sprachmittlung für die Inanspruchnahme von Unterstützung muss finanziell abgesichert werden.
5. Es sollte eine Übersicht über die vorhandenen Sprachkompetenzen bei niedergelassenen Ärzt\_innen im Bezirk bei der Kassenärztlichen Vereinigung erfragt werden.
6. Eine umfassende Übersicht über präventiv orientierte Angebote im Bezirk sollte erarbeitet und ihre kontinuierliche Aktualisierung sichergestellt werden.
7. Angeregt wird die zielgruppenspezifische Zusammenführung von Präventions- und therapeutischen Angeboten im Rahmen von Vernetzungsrunden,
8. Die Tatsache, dass Vernetzung nicht ohne zeitlichen und personellen Aufwand zu organisieren ist, muss Berücksichtigung finden durch eine ausreichende Ausstattung vernetzender Stellen mit den dafür erforderlichen Ressourcen.
9. Angeregt werden Infoveranstaltungen oder Jours fixes zur Weiterentwicklung der Qualität der Fachkräfte im Kinderschutz.
10. Der Bezirk sollte sich dafür einsetzen, dass die berlinweite Verteilung der Ressourcen für Unterstützungsangebote den unterschiedlichen sozioökonomischen Status der Bezirke stärker Rechnung trägt.
11. Dem Thema „psychische Gewalt“ ist verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen, sowohl durch gezielte Infos zum Thema in den Einrichtungen, als auch über die intensivere Vermittlung der Kinderrechte an Kinder und an Eltern. Ebenso wird eine verstärkte Selbstreflexion seitens der pädagogischen Fachkräfte hinsichtlich ihres Verständnisses des Themas angeregt.